

Nicht weiter den Konflikt anheizen

Wie definieren Jüdinnen und Juden sich heute? Die zionistische Antwort auf diese Frage ist: Jude bedeutet, sich dem jüdischen Staat zugehörig zu fühlen. Heißt „zugehörig fühlen“ jede Maßnahme der israelischen Regierung zu unterstützen, insbesondere was das Vorgehen gegen die arabischen Palästinenser betrifft? Oder heißt „zugehörig fühlen“ sich dafür einzusetzen, dass der jüdische Staat gute Maßnahmen trifft? Was aber sind „gute“ Maßnahmen? Gut sind Maßnahmen doch offenbar dann, wenn sie 1) zielführend sind und 2) den Grundregeln menschlichen Zusammenlebens entsprechen.

ad 1) Zielführend heißt in diesem Fall: die Existenz Israels sichern. Nach Jabotinsky wird Israel seine Existenz dadurch sichern, dass es stark ist und die Araber dominiert. Nach Achad ha' Am, Herzl und Weizman wird Israel seine Existenz dann sichern, wenn es seine arabischen Mitmenschen und Nachbarn gut behandelt und Frieden und Ausgleich mit ihnen sucht. Das sind zwei verschiedene Wege, und wer sich „zugehörig fühlt“, wird sich zwischen ihnen entscheiden müssen.

ad 2) Die Grundregel menschlichen Zusammenlebens ist der Kant'sche kategorische Imperativ: „Handle stets so, dass die Begründung Deines Handelns zum Maßstab für das Handeln anderer genommen werden kann.“ In Hillels Variante: „Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an.“ Die Behandlung der Palästinenser widerspricht auf den ersten Blick dieser Grundregel.

Wieso soll Deutschland für einen Juden immer noch „nicht mein Land“ sein? Wenn Judentum aus nichts anderem mehr besteht als aus der Zugehörigkeit zu Israel, dann kann man sich zu keinem anderen Land bekennen, dann ist Kritik an Israels Politik gleichzusetzen mit Verrat am Judentum, denn gemäß dieser Identitätsproblematik gibt es kein Judentum außerhalb der Unterstützung der Politik Israels. Das ist Nationalismus als Identitätssersatz. Das ist nicht gut, denn übersteigter Nationalismus hat schon andere Länder in den Abgrund geführt, und so könnte es auch Israel gehen.

Nichtjüdische Deutsche halten sich gegenüber der Politik Israels lieber heraus. Denn gerade wenn sie Werte von Anstand und Moral



Husam Al Najar und Jeff Halper, Georg Meggle, Rolf Verleger und Christina Pfestroff (v.l.n.r.) – ihre Beiträge initiierten eine leidenschaftliche Debatte um den Frieden in Nahost. Fotos: Martina Waiblinger

hochhalten, schämen sie sich für die deutschen Untaten unter dem Nazi-Regime und wollen daher keinesfalls vor sich selbst und anderen als Judenhasser dastehen.

Und so kann Israel die ärgsten Untaten begehen, kann in Gaza den Flughafen zerstören, das Auslaufen von Schiffen verbieten, das Elektrizitätswerk zerbomben, die Wasserversorgung klein drehen, Hunderte von Menschen inklusive Frauen und Kindern erschießen, mit Panzern die Straßen platt walzen, den Grenzübergang schließen, wenn Obst und Gemüse exportiert werden sollen, die Fabrik zerbomben, die Tausenden von Menschen Arbeit gab, – all dies unter dem Stichwort der Terrorbekämpfung, aber das offizielle Deutschland wird dazu nichts sagen. Stattdessen warten wir ab, ob wir die durch diese Untaten motivierten arabischen Desperados mit ihren Kofferbomben noch rechtzeitig erwischen, bevor sie diese Koffer in unsere Städte exportieren.

So kann es nicht weitergehen. Daher haben wir, 71 jüdische Erstunterzeichnende, die Berliner Erklärung „shalom 5767“ formuliert. Darin wenden wir uns ausdrücklich an die deutsche nicht-jüdische Bevölkerung: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die deutsche Regierung und die EU Politik für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina macht und nicht weiter durch einseitige Unterstützung der israelischen Besetzungs- und Unterdrückungspolitik den Konflikt immer weiter anheizt. Dass das Judentum eine Religion der Gerechtigkeit und Nächstenliebe bleibe – oder leider muss man sagen: wieder werden möge. Denn das Judentum, meine Heimat, ist in die Hände von Leuten gefallen, für die Volk und Nation die höchsten Werte sind anstatt Gerechtigkeit und Nächstenliebe.

Prof. Rolf Verleger ist Initiator der Initiative Schalom 5767 und Mitglied des Zentralrats der Juden.

Christina Pfestroff

EU nimmt Völkerrechtsbruch hin